

## Soziales Europa.

### Von Lissabon zur solidarischen Erneuerung?

#### Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Nils Hindersmann und Stefan Stache

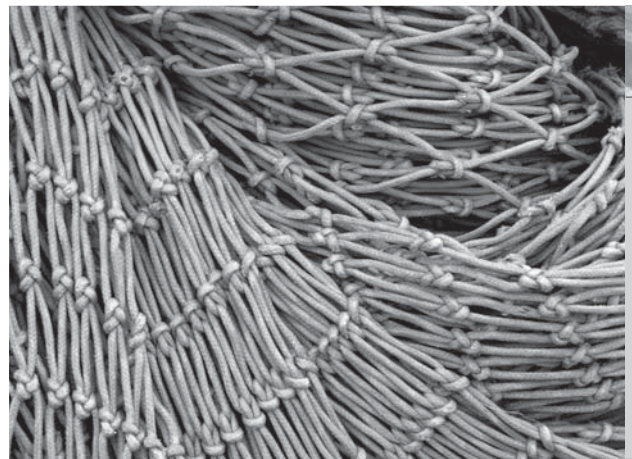


Foto: www.fotolia.de; © M. Johannsen

» Anfang Juni 2009 findet zum siebten Mal die Direktwahl des Europäischen Parlamentes statt. In Deutschland wie in vielen anderen Ländern der EU wird dies der erste große Urnengang nach den heftigen Eruptionen der Finanzmarktkrise sein. Neben der Auseinandersetzung um die ökonomische Gestaltungsfähigkeit der EU (Europäische Wirtschaftsregierung) steht Europa auch auf dem politischen Feld vor großen Herausforderungen.

Die 2005 gescheiterten Referenden in Frankreich, den Niederlanden und zuletzt in Irland sind Ausdruck einer länger anhaltenden Vertrauenskrise der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt. Vor allem die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner verbindet Europa nicht mit Fortschritt, sondern eher mit Abbau sozialer Standards, Bedrohung von Arbeitsplätzen und mangelhaftem demokratischen Mitwirkungschancen. Die EU wird als ein Projekt vor allem der politischen und ökonomischen Eliten verstanden. So lehnt die Mehrheit dieser Menschen auch nicht das Projekt der europäischen Integration in Gänze ab, vielmehr äußert sich ihr politischer Unmut über die Art und Weise des Integrationsprozesses.

» Tatsächlich ist die politische Grundlinie der EU innerhalb der Kommission und im Ministerrat seit einigen Jahren marktliberal geprägt. Eine rein exportorientierte Wachstumsstrategie, die Infragestellung gewachsener öffentlicher und sozialer Dienste und der Vorrang unternehmerischer Handlungsfreiheit gegenüber Schutzrechten der Beschäftigten bilden den Kern



dieser Politik. In der erneuerten Lissabon-Strategie findet diese politische Linie ihren markantesten Ausdruck. Es wird also darauf ankommen, bei der bevorstehenden Europawahl Politikalternativen über die verschiedenen Richtungen des weiteren Integrationsprozess' klar herauszuarbeiten. Dies verlangt auch und gerade eine stärkere Polarisierung um Europa, die bestehende Fehlentwicklungen klar benennt und entsprechende Kritikpunkte nicht als anti-europäisch diffamiert.



## □ Die politische Alternative heißt Soziales Europa

Der gelegentlich wahrzunehmende Vorwurf an die politische Linke insgesamt, dem weitgehend wirtschaftsliberalen Projekt Europa keine konkreten Konzepte entgegen gesetzt zu haben, ist nicht haltbar. Zwar ist Europa nach wie vor ein Betätigungsfeld für SpezialistInnen, dennoch sind hier einige Verbesserungen festzustellen. Vor allem in der jüngeren Vergangenheit haben sich bei Parteien, Jusos, Bewegungen, kritischer Wissenschaft und Gewerkschaften alternative Politikkonzepte herauskristallisiert, die die allgemeinen Begriffe des Sozialen Europas oder der sozialen Dimension Europas füllen können. Als zentral wird dabei die stärkere Regulierung der Märkte und insbesondere der Finanzmärkte eingeschätzt. Es wird im sozialen Bereich die Schaffung europäischer Mindestnormen vorgeschlagen. Darunter fällt vor allem ein europäischer Mindestlohn, der sich an den jeweiligen nationalen Durchschnittslöhnen orientiert. Ein weiteres Element, auf das Christian Kellermann und Björn Hacker in ihrem Beitrag eingehen, ist die Schaffung einer Geld- und Fiskalpolitik, die sich an dem Ziel einer stabilen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung in allen Teilen der Europäischen Union orientiert. Des Weiteren wird immer wieder eine Harmonisierung der Steuerpolitik in Europa gefordert. Hierbei geht es in erster Linie um eine europäische Mindestbesteuerung von Unternehmen, worauf vor allem Susanne Uhl in ihrem Beitrag eingeht. An programmatischen Ideen fehlt es der politischen Linken sicher nicht, aber neben den konkreten Politikkonzepten eines sozialen Europas ist die Frage nach der Durchsetzung die inzwischen viel entscheidendere Auseinandersetzung geworden.

## □ Umsetzung des Sozialen Europas

Fast schon traditionell existieren in der politischen Linken zwei verschiedene Orientierungen im Umgang mit Europa. Auch in der derzeitigen Lage agiert die politische Linke in Deutschland strategisch gespalten, obgleich viele Ziele und Maßnahmen für ein soziales Europa einen breiten Konsens finden. Während eine Richtung den Integrationsprozess auf der Basis des Lissabon-Vertrages ablehnt und grundlegende Korrekturen einfordert, teilt die andere Richtung zwar die inhaltliche Kritik, erachtet den Lissabon-Vertrag jedoch als derzeit einzige Möglichkeit, soziale Reformen in absehbarer Zeit institutionell verwirklichen zu können.

» Bernd Lange führt in seinem Beitrag aus, dass der Weg vor allem über die Gewinnung politischer Mehrheiten in den Institutionen Europas führt. Daher müsse auf EU-Ebene für linke Mehrheiten geworben und institutionelle Reformen durchgeführt werden. Den Gewerkschaften käme in der politischen Auseinandersetzung, wie z.B. um verbesserte Mitbestimmung oder eine arbeitnehmerfreundliche Dienstleistungsrichtlinie, eine wichtige Rolle zu. Lange hält daher eine umfassende Koordinierung der gewerkschaftlichen Arbeit in der EU für dringend nötig. Diese sei bisher eher von Zufälligkeiten bestimmt und vorwiegend national orientiert. Die Gewerkschaften müssten endlich organisationspolitische Konsequenzen aus der Europäisierung der Gesetzgebung ziehen. Eine ähnliche Strategie schlägt auch Hans-Jürgen Bieling in seinem Beitrag vor. Er sieht allerdings auch großen nationalen Handlungsspielraum in der Umsetzung und Beibehaltung von Arbeits- und Sozialnormen. Eine Erweiterung des politischen Instrumentariums auf europäischer Ebene hält er dennoch für unumgänglich.

Eine andere Strategie hat kürzlich Fritz Scharpf (Siehe Interview in Mitbestimmung 7-8/2008) vorgeschlagen. Seiner Meinung nach sollten die Mitgliedsstaaten bestimmte Urteile des EuGH wie bspw. zum Fall Rüffert einfach ignorieren. Seiner

Meinung nach könnte zwar im Zweifel der Europäische Rat das Urteil mit qualifizierter Mehrheit noch mal bestätigen, anderenfalls aber so getan werden, als wenn es das Urteil gar nicht gäbe. So könnten sich Mitgliedsstaaten ihre nationale Souveränität erhalten und viel wirksamer ihre Sozialsysteme gegenüber den europäischen Marktfreiheiten schützen.

Diese bemerkenswert drastische Reaktion Scharpfs auf die jüngsten EuGH-Urteile stoßen innerhalb der Bewegung, in Parteien und Gewerkschaften auf überwiegend positive Resonanz, die im Sinne einer kritischen und breiter geführten Europadebatte aufgegriffen werden sollte. Daneben gibt es allerdings auch kritische Stimmen, so bewerten Christian Kellermann und Björn Hacker in ihrem Artikel das Soziale Europa als „reelles Projekt“ und nicht als „überoptimistische Illusion für Europa“. Die Haltung von Scharpf führe direkt zurück in den Nationalstaat und verhindere die „Demokratisierung der Gemeinschaft“. Damit grenzen sie sich deutlich gegenüber Scharpf und anderen ab, die für eine Renationalisierung bestimmter Politikbereiche plädieren.

» Diese Kontroverse macht deutlich, wo das strategische Problem der linken Kräfte in Europa liegt. Soll man auf institutionelle Reformen setzen und hoffen, darüber politische Mehrheiten für ein Soziales Europa zu erlangen oder sollte man versuchen, ungeachtet der europäischen Institutionen national erreichte Regulierungen beizubehalten? Das verbindende Dilemma ist allerdings, dass die politischen Machtverhältnisse derzeit keinen der Ansätze zulassen. Auf der einen Seite ist die europäische Integration bereits soweit fortgeschritten, dass eine Renationalisierung bestimmter Politikbereiche kaum durchzusetzen wäre. Auf der anderen Seite hilft selbst eine linke Mehrheit im Europäischen Parlament im derzeitigen Institutionengefüge nicht, die soziale Dimension Europas abzusichern.

Angesichts dieser Lage sollte die politische Linke zunächst dieses Kräfteverhältnis zum Aus-

gangspunkt nehmen und sich nicht an vermeintlichen Königswegen verkämpfen. Anders ausgedrückt, der strategische Kompromiss in dieser Frage kann der klassische sein. Man macht das eine, ohne das andere zu lassen. Verbindend ist die Zielvorstellung einer europäischen Integration, die gerade nicht entlang den Renditebestrebungen des europäischen Kapitals ausgerichtet wird, sondern soziale Gerechtigkeit fördert und den damit verbundenen Abbau bestehender Ungleichheit auf dem Kontinent angeht.

Als entscheidendes Spielfeld bietet sich die wirtschaftliche Integration an. Es kommt darauf an, die vorhandenen Instrumente stärker im Sinne der Interessen der gesamten Bevölkerung zu nutzen und die Integration voranzutreiben. Gerade die Finanzkrise kann als Katalysator wirken, der den Bedarf nach einer Europäischen Wirtschaftsregierung a la Sarkozy offensichtlich werden lässt. Neben einer europäischen Regulierung der Finanzmärkte bietet auch der französische Vorstoß für öffentliche Staatsfonds und aktive Industriepolitik einen aufzugreifenden Anstoß. Anders könnte die Ausrichtung in der Sozialpolitik verlaufen. Zwar wurden wichtige gleichstellungspolitische Impulse durch die EU befördert, doch fällt die sozialpolitische Bilanz insgesamt enttäuschend aus. Daher wird angesichts der geringen Erfolgswahrscheinlichkeiten bewusst darauf verzichtet, weitere wichtige Kompetenzen an die EU zu delegieren und versucht, diese weiterhin im Kern national zu gestalten. Die von der SPD-Linken betriebene Weiterentwicklung der Sozialversicherungen zur Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung stellt gerade einen solchen Ansatz auf dem Spielfeld nationaler Politik dar. Diese Diskussion ist noch längst nicht am Ende und wird auch über die Beiträge in diesem Heft hinaus fortgesetzt werden. Die SPD-Linke ist gut beraten, die Europawahl eben nicht nur als Vorwahl für die Bundestagswahl auszurichten, sondern mit europapolitischen Konzepten politisches Terrain zu besetzen. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Frankfurt.  
☞ Nils Hindersmann ist Gewerkschaftssekretär der IGBCE und Vizepräsident der European Community Organisation of Socialist Youth (ECOSY).  
☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.